

Gruppe G6

Absender des Schreibens
Carsten Kliegelhöfer
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/ Die Grünen
Im Tulpengrund 19
26316 Varel

Stadt Varel
Herr Bgm. Wagner
Windallee 4
26316 Varel

29.05.2019

Antrag Gruppe G6 an den Rat der Stadt Varel über den Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz

Der Rat der Stadt Varel möge das Ausrufen des Klimanotstandes (Climate Emergency) für die Stadt Varel und seine Küstengebiete beschließen.

Daran sind folgende Forderungen der Ratsversammlung geknüpft:

- a) die Stadt Varel ruft den Klimanotstand aus und erklärt damit die Eindämmung der Klimakatastrophe und seiner schwerwiegenden Folgen zur Aufgabe von höchster Priorität, auch wenn sich Klimaschutz nicht in rein territorialen Grenzen betrachten lässt.
- b) die Stadt Varel und ihr Bürgermeister werben aktiv auf allen Ebenen für die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels.
- c) bei allen Handlungen (wie zum Beispiel Beschaffung oder Veranstaltungen) und Beschlüssen berücksichtigen die Ratsversammlung und der Bürgermeister deren Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit als zentrale Entscheidungskriterien. Diese Maxime ist – soweit möglich – auch auf alle städtischen Beteiligungen anzuwenden.
- d) für zukünftige Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakatastrophe wird sich die Ratsversammlung und der Bürgermeister an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) orientieren. Besonders bei Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.
- e) dass die Bundesregierung die Bevölkerung umfassend über die Klimakatastrophe, dessen Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen die Klimakatastrophe ergriffen werden, informiert.
- f) dass auch andere Kommunen, die Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland dem Vareler Vorbild folgen und den Klimanotstand ausrufen. Insbesondere macht die Stadt Varel Land und Bund darauf aufmerksam, dass ein vollständiges Einhalten der Klimaschutzziele auf kommunaler Ebene unter den derzeitigen Rahmenbedingungen noch nicht möglich ist. Erst ein vollständiger Abbau weiterhin bestehender Subventionen für fossile Energieträger, eine sozial gerecht ausgestaltete CO₂-Bepreisung, eine grundlegend veränderte Verkehrspolitik und eine klimaschutzkonforme Förderung des sozialen Wohnungsbaus würden hier das dringend benötigte Fundament legen.

Begründung:

Ende 2018 und Anfang dieses Jahres haben Städte wie Basel, Vancouver und London, Kiel, Konstanz, Münster den Klimanotstand ausgerufen, um auf die Dringlichkeit der Klimaproblematik und die Auswirkungen des menschlichen Handelns auf das Klima aufmerksam zu machen.

Es besteht dringender Handlungsbedarf.

Wissenschaftler sind sich einig, dass zur Rettung eines gemäßigten Klimas auf der Erde nur noch 10 Jahre verbleiben. In Varel sollte der Klimaschutz zum strategischen Ziel erklärt werden.

Es gibt zahlreiche Einzelpläne zum Klimaschutz in der Stadt Varel. Die Umsetzung der darin beschriebenen Maßnahmen muss deutlich beschleunigt und zu einem übergreifenden Gesamtkonzept für alle Varelener Bürger*innen erweitert werden. Bei der Umsetzung aller Maßnahmen muss Augenmaß und finanzielle Leistbarkeit der Beteiligten im Rahmen der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden.

Die Stadt Varel muss sich deutlich stärker zu einer strikten Klimapolitik bekennen und alle in ihrer Macht stehenden Veränderungen anstoßen und umsetzen.

Für die Gruppe G6
Carsten Kliegelhöfer
B90/ Die Grünen